Der Bürgermeister

Stadt Lüdenscheid

Geschäftsführung:
Fachdienst Jugendamt - Verwaltung

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Lüdenscheid

am 03.09.2024

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsfrau Tanja Tschöke	Bündnis 90/Die Grünen	

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Nicole Schulte	SPD	
Ratsherr Christoph Weiland	CDU	
Herr Manfred Baltrun	DIE LINKE.	
Herr Jamel Hellwig	SPD	
Frau Valeria Klette	CDU	ab 17:04 Uhr
Herr Florian Wüllner	FDP	
Frau Cordula Bock	Fraktionslos	
Herr Andreas Brisch	Fraktionslos	
Frau Nicola Halor	Fraktionslos	
Herr Stefan Hesse	Fraktionslos	
Frau Reinhildis Simon	Fraktionslos	
Frau Petra Skerra	Fraktionslos	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Dennis Koch	Fraktionslos	
Ratsfrau Julia Decker	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Frau Anke Lohbeck-Hüttebreucker

Beratende Mitglieder

Herr Felix Dornhöfer	Fraktionslos
Herr Michael Langhals	Fraktionslos
Herr Ernest Okon	Fraktionslos

Verwaltung:

Herr Matthias Reuver
Frau Nathalie Kompernaß
Herr Marco Malcherek-Schwiderowski

Herr Sebastian Schefe
Frau Karolina Zylakowski

Schriftführung:

Frau Ayca Senel

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Steffen Kriegel	SPD
Frau Andrea Feldmann	CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Tobias Aurisch	Fraktionslos
Herr Jochen Grün	Fraktionslos
Frau Beatrix Hostert	Fraktionslos
Herr Johannes Kirchhoff	Fraktionslos
Herr Thomas Lammers	Fraktionslos
Herr Volker Mürmann	Fraktionslos
Frau Anke Lohbeck-Hüttebreucker	Bündnis 90/Die Grünen

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Selma Ugur	Internationale Liste der SPD

Beginn: 17:02 Uhr

Ende: 18:29 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es gibt keine Fragen aus der Öffentlichkeit.

2. Jugendprojekt WAS LOS?!

Zu diesem TOP gibt es keine Themen.

3. 100 Jahre Jugendamt

Frau Kompernaß berichtet über die Entwicklungen zum Thema Kinder- und Jugendschutz als Kernbereich des Jugendamtes und des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Kontext „100 Jahre Jugendamt“, den historischen Entwicklungen nach Inkrafttreten des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes und der Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe in Lüdenscheid. In diesem Zusammenhang und im Anschluss an den Bericht

stellen sich die beiden Kinderschutzkoordinatorinnen des Jugendamtes Lüdenscheid persönlich vor.

4. Berichts- und Beschlusskontrolle

Es liegt eine Beschlusskontrolle vor über die Erhöhung des Zuschusses für die Spielmäuse. Der Beschluss wurde zum 30.06.2024 umgesetzt und erledigt.

5. Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII - Die Arche Lüdenscheid e.V. Vorlage: 161/2024

Frau Menke vom Vorstand der Arche Lüdenscheid e.V. und Frau Lauermann-Gall als Leitung des Trauerbereichs im Arche Care Haus, stellen die Arbeit des Vereins „Die Arche Lüdenscheid e.V.“ vor. Die Arche Lüdenscheid e.V. existiert seit 2005 und hat seinerzeit mit einem ambulanten Hospiz begonnen. Zu Hospizarbeit gehört unmittelbar die Trauerarbeit dazu. Im Laufe der Jahre wurde erkannt, dass der Bereich der Trauerarbeit dringend bedarfsgerecht ausgebaut werden muss. Seit 2018 gibt es in dem Bereich mit vier Mitarbeitenden eigenes Personal, welches ausschließlich mit der Trauerarbeit von Kindern, Jugendlichen und Familien befasst ist. Hierbei wird Trauerbegleitung sowohl als Einzelbetreuung, als auch als Gruppenbetreuung angeboten. Neben der Akutbegleitung der Kinder und der Familien, wird auch mit Fachpersonal an Schulen und Kitas im Bereich der Akutbegleitung gearbeitet. Der Bereich gewinnt zunehmend an Bedeutung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sodass auch verstärkt Augenmerk auf den Ausbau der Fachkräfte- und Multiplikatorenbildung gelegt wird. Hier werden Fachkräfte geschult und die benötige Hilfestellung vermittelt. Der Verein verfolgt einen starken präventiven Ansatz in Form von Modulen, Schulungen und Workshops zum Thema „Sterben, Tod und Trauer“ sowie Umgang mit betroffenen Kindern und Jugendlichen. Da die Trauerarbeit bisher ausschließlich aus Spendengeldern finanziert wird, ist dem Verein durch die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe der Zugriff auf finanzielle Unterstützung und Förderung durch das Land möglich.

Beschluss:

Der Verein „Die Arche Lüdenscheid e.V.“ wird als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII öffentlich anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

6. Kooperation mit dem Naturschutzzentrum MK e.V. zur Gestaltung und Weiterentwicklung natur- und umweltpädagogischer Maßnahmen Vorlage: 162/2024

Herr Weiland begrüßt die Regelung einer regelmäßigen Evaluation, um sicher zu stellen, dass Angebote außerschulischer Lernorte auch tatsächlich wahrgenommen werden.

Herr Koch fragt nach, wie Kinder aus den Kitas den Hof Oelken im Hinblick auf Personalmangel erreichen und ob es Überlegungen zur Umsetzung der Vereinbarung in Bezug auf den Transport von Kindern und Kitagruppen zum Naturschutzzentrum Oelken gibt, da der Hof abgelegen ist.

Herr Reuver antwortet, dass bei laufenden Projekten der Besuch des Naturschutzzentrums durch Kita- oder Schulgruppen realisiert werden konnte und die Kooperation im Sinne der Natur- und Umweltpädagogik eine gute Investition ist. Hier kann man sich bezüglich des Transports an den laufenden Projekten orientieren. Der Hinweis wird dennoch aufgenommen.

Mit dem Naturschutzzentrum MK e.V. wird zur Gestaltung und Weiterentwicklung natur- und umweltpädagogischer Maßnahmen in Lüdenscheid eine Kooperationsvereinbarung geschlossen.

Beschluss:

Mit dem Naturschutzzentrum MK e.V. wird zur Gestaltung und Weiterentwicklung natur- und umweltpädagogischer Maßnahmen in Lüdenscheid eine Kooperationsvereinbarung geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

7. Kooperation mit dem "Wohlfahrtszentrum Lüdenscheid e.V." zur Umsetzung der Aufgaben des Familienbüros im Rahmen der Frühen Hilfen
Vorlage: 163/2024

Herr Hesse ist befangen und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss:

Mit dem Verein „Wohlfahrtszentrum Lüdenscheid e.V.“ wird eine Kooperationsvereinbarung zur Verwirklichung eines trägerübergreifenden, offenen Treffpunktes im integrativen Beratungscafé „Navi“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

8. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung
Vorlage: 164/2024

Frau Nebioglu wird als stellvertretende Schriftführerin vorgestellt.

Beschluss:

Zur Aufnahme der Niederschriften über die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses wird Frau Ipek Nebioglu als stellvertretende Schriftführerin bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

9. Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"
Vorlage: 166/2024

Die Vorsitzende erklärt, dass die Vorlage in der Form gefasst wurde, dass die Verwaltung vorschlägt, der Sanierung der Jahnhalle nicht weiter nachzukommen. Dies hat neben finanziellen Gründen, auch fachlich-inhaltliche Gründe, die gegen eine Sanierung der Jahnhalle sprechen.

Herr Weiland fragt beim Facharbeitskreis Jugend an, ob sich die Haltung über den Bedarf geändert hat und erfragt den aktuellen Diskussionsstand.

Frau Halor antwortet auf die Anfrage, dass die die Entwicklung rund um das Projekt Jahnhalle mitverfolgt und im Facharbeitskreis diskutiert wurde. Rein inhaltlich begrüßt der Facharbeitskreis neue Angebote und steht auch einer Sanierung der Jahnhalle positiv gegenüber. Wichtiger sei es aber aus Sicht des Facharbeitskreises, bestehende Stärken auszubauen und weiterhin zu stärken, statt neue Projekte zu beginnen. Für die bestehende Skaterszene wird der Bedarf durch den Pumptrack im Kulturhausgarten gedeckt.

Herr Weiland fragt nach, aus welchen Gründen in der Vorlage mit lediglich einer pädagogischen Fachkraft gerechnet wurde. Gemäß der Gefährdungsbeurteilung BG Wohlfahrt und der Richtlinie für Eigenarbeit in der offenen Kinder- und Jugendarbeit wird mindestens eine zweite Person gefordert.
Herr Reuver stimmt dieser Haltung zu. Auf die personelle Ausstattung bei Projekten dieser Art ist im Rahmen der konzeptionellen Ausarbeitung Rücksicht zu nehmen. Die Vorlage zur Sanierung der Jahnhalle beinhaltete noch nicht abschließend alle Folgekosten (wie z.B. Programmmittel). Das Projekt ist nicht nur rein aus finanziellen Gründen nicht weiter zu verfolgen, sondern kann auch aufgrund fehlender personeller Kapazitäten nicht realisiert werden, insbesondere im Hinblick auf die unvorhergesehene Großprojekte Westschule und Adolf-Reichwein-Sporthalle. Die Realisierung des Projekts ist derzeit nicht leistbar.

Herr Hellwig teilt mit, dass diesen Bedenken innerparteilich zugestimmt wird. Jedoch sei der Pumptrack für die Skater keine richtige Alternative. Aus diesem Grund wird angeregt, unter anderem gemeinsam mit dem Sportausschuss, nach Alternativen für die Skaterszene zu schauen, die mit geringeren Folgekosten einhergehen.

Die Vorsitzende schlägt vor, einen Prüfauftrag zu einem entsprechenden Outdoor-Park an den Schulausschuss zu formulieren

Herr Weiland erklärt, dass er sich einen politischen Diskurs gewünscht hätte vor dem Interessenbekundungsverfahren. Herr Weiland schätzt den Bedarf an Skatern anders ein und weist darauf hin, dass die Umsetzung des Pumptracks bereits sehr viel Zeit in Anspruch genommen hat und erklärt, dass der Vorschlag der Verwaltung für alle Seiten tragbar sei.

Beschluss:

1. Die in der Begründung dargestellten Chancen, Risiken und Folgewirkungen werden zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, keinen Antrag für die Maßnahme „Jugendkulturtreff Skaterhalle Lüdenscheid“ im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zu stellen und dem Fördermittelgeber die hierfür ausschlaggebenden Beweggründe zu erläutern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

10. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

10.1. Bekanntgaben

10.1.1. Kinder- und Jugendförderplan

Frau Halor berichtet aus dem Facharbeitskreis Jugend zur Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans. Der Kinder- und Jugendförderplan wird wahrscheinlich im nächsten Frühjahr fertiggestellt und anschließend dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

10.1.2. Prüfung der Sonderzuschüsse zu den Ferienzeiten

Herr Schefe berichtet über die Prüfung der Sonderzuschüsse zu den Ferienfreizeiten, da die Frage zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Richtlinien noch offengeblieben ist. Die Prüfung der Sonderzuschüsse wurde von der Caritas wahrgenommen, konnte wegen Personalmangels jedoch nicht weitergeführt werden. Die Prüfung der Sonderzuschüsse wird nach interner Absprache künftig vom Fachdienst Jugendamt - Kinder- und Jugendförderung übernommen. Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an Ferienfreizeiten, unabhängig vom Elterneinkommen, zu ermöglichen.

Frau Tschöke fragt nach, inwieweit die Haushaltsmittel für diesen Posten ausreichend waren.

Herr Schefe antwortet, dass die Mittel in der Vergangenheit nie ausgeschöpft worden sind. Anträge, die gestellt wurden, konnten bewilligt werden. Fraglich sei, ob die Höhe der Zuschüsse ausreichend ist.

10.1.3. Energiepauschale

Frau Halor berichtet, dass der Facharbeitskreis Jugend den Auftrag erhalten, den Bedarf zu eruieren und mit den Trägern ins Gespräch zu gehen. Konkrete Zahlen liegen nun vor. Diese zeigen, dass die Bedarfe unter den Trägern sehr unterschiedlich sind. Hierzu wird es dann im kommenden Ausschuss konkrete Angaben geben.

10.1.4. Referentenentwurf

Frau Tschöke gibt bekannt, dass der Referentenwurf zum inklusiven SGB VIII ab dem 01.01.2028 veröffentlicht wurde.

Frau Zylakowski berichtet zu den wesentlichen Änderungen, die aus dem Referentenentwurf zum inklusiven SGB VIII ab dem 01.01.2028 zu entnehmen sind und mit einer Zusammenführung von Leistungen für alle Kinder und Jugendlichen, mit oder ohne Behinderungen, unter dem Dach der Jugendhilfe einhergehen.

Herr Dornhöfer fragt nach inwieweit es bereits Planungen zu dem Umsetzungsprozess gibt und wie dieser Prozess gestaltet wird bis 2028.

Frau Zylakowski antwortet, dass dies maßgeblich von der Landesgesetzgebung abhängig ist, wie die eingeräumte Landesvorbehalt und die verlängerte Übergangsfrist bis 2030 mittels Ausführungsgesetz ausgestaltet wird. Erst dann lassen sich verbindliche Aussagen zum Umsetzungsaufwand und der konkreten Ausgestaltung im Jugendamt machen.

10.2. Beantwortung von Anfragen

Zu diesem TOP gibt es keine Themen.

10.3. Anfragen

Zu diesem TOP gibt es keine Themen.

gez. Tanja Tschöke	gez. Ayca Senel
Vorsitzende/r	Schriftführer/in